



Vaterländische Union

Medienmitteilung

Das Präsidium der Vaterländischen Union hat den gestern von der FBP umgehend über die Medien verbreiteten Brief an den VU-Präsidenten zum automatischen Informationsaustausch zur Kenntnis genommen und nimmt im Folgenden dazu Stellung:

Das Präsidium der Vaterländischen Union betrachtet einen automatischen Informationsaustausch in völliger Übereinstimmung mit Regierungschef Dr. Klaus Tschüscher als nicht mit dem liechtensteinischen Rechtsverständnis und dem Verständnis des Verhältnisses von Staat und Bürger vereinbar. Der Schutz der Privatsphäre, wie er in verschiedenen liechtensteinischen Gesetzen und der Verfassung seine Ausprägung findet, ist ein hohes, schützenswertes Gut. Dass dieser Schutz der Privatsphäre nicht für kriminelle Aktivitäten missbraucht werden darf, hat Liechtenstein mit seiner beispielhaften Umsetzung der international anerkannten Standards zur Geldwäschereibekämpfung und der von den Regierungen Hasler und Tschüscher eingeleiteten Weissgeldstrategie klar gemacht. Aus den angeführten Gründen setzen Liechtenstein wie auch die Schweiz, Österreich und Luxemburg auf Lösungsansätze wie die Abgeltungssteuer, um die Steuerkonformität und den Schutz der Privatsphäre unter einen Hut zu bringen.

In ihrem öffentlichkeitswirksam angekündigten Schreiben fordert die FBP Aufklärung über die im Tages-Anzeiger gemachten Aussagen des Regierungschefs zum Thema automatischer Informationsaustausch, bei denen er auf bereits öffentlich debattierte, alternative Sichtweisen und Bedenken hingewiesen hat. Zu keinem Zeitpunkt, weder im medial hochstilisierten Interview im Tages-Anzeiger noch an anderer Stelle, hat sich der Regierungschef für den automatischen Informationsaustausch ausgesprochen, sondern lediglich auf unterschiedliche Sichtweisen und internationale Entwicklungen hingewiesen und erklärt, dass man diese Sichtweisen und Entwicklungen seriöserweise ebenfalls frühzeitig prüfen müsse.

Dass die FBP und das Liechtensteiner Volksblatt den Ausführungen im Tages-Anzeiger ein solches Gewicht beimessen, ist erstaunlich, weil bereits mehrfach ähnliche Aussagen von verschiedenen Exponenten in der Schweiz und in Liechtenstein dazu gemacht worden sind. So haben verschiedene schweizerische Kantonalbanken oder UBS-Chef Ermotti den automatischen Informationsaustausch bereits öffentlich als «unausweichlich», als «günstigere Lösung» oder als «Option» bezeichnet. Auch Erbprinz Alois betonte bereits im vergangenen August, dass es in Zusammenhang mit der Abgeltungssteuer und den damit verbundenen Kosten, die von den Finanzinstituten wohl auf die Kunden abgewälzt werden müssten, vermutlich eine Schmerzgrenze gebe. Im diesjährigen Staatsfeiertagsinterview äusserte er sich dahingehend, dass die internationale Weiterentwicklung derzeit in eine Richtung gehe, die uns immer näher an den automatischen Informationsaustausch bringe. Dazu der Erbprinz weiter: «Es kommen schwere Steuerdelikte als Vortat zur Geldwäscherei hinzu, Gruppenanfragen werden zum Standard, auf verschiedensten internationalen Ebenen wird immer wieder Druck in Richtung eines automatischen Informationsaustausches gemacht. Auch der FATCA-Vorschlag der USA geht voll in Richtung eines automatischen Informationsaustausches.»

Abschliessend möchte das VU-Präsidium darauf hinweisen, dass eine in den Medien öffentlich ausgetragene Debatte darüber, wer zum automatischen Informationsaustausch was genau gesagt hat, zwar aus wahlkampfmotivierten Gründen interessant sein mag, aus strategischer Sicht für den Finanzplatz aber sehr schädlich ist. Es ist vielmehr wichtig und zielführend, wenn alle Kräfte in Liechtenstein weiterhin auf einen Erfolg einer Abgeltungssteuerlösung hinarbeiten, da diese für den Finanzplatz Liechtenstein wie auch für die Schweiz, aber auch für die betroffenen EU-Länder eine tragfähige, zukunftsorientierte und ausgewogene Lösung darstellen würde, die auch die Vergangenheit abschliessend regelt. Gerade diese Haltung hat auch Regierungschef Klaus Tschütscher auf seiner Deutschlandreise vor wenigen Tagen mehrfach öffentlich klargemacht.

Präsidium der Vaterländischen Union

Jakob Büchel, Parteipräsident

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'J. Büchel', is positioned below the name of the party president.

Vaduz, 20. September 2012